

Ein offener Brief an Minister Robert Habeck

geschrieben von Admin | 20. Mai 2022

Sehr geehrter Herr Minister Robert Habeck,

als Wirtschafts- und Klimaminister arbeiten Sie an der Energiewende und an der „Dekarbonisierung“ Deutschlands zur Abwendung der „Klimakatastrophe“. Ihr Ziel ist 100 % „Erneuerbare“ in wenigen Jahren. Ihr „Osterpaket“ zur Energiewende lässt viele Fragen offen. Der Anteil von Wind- und Solarenergie beträgt nur 5 % am Primärenergieverbrauch (2021) in Deutschland. Durch den Doppelausstieg aus Kohle und Kernenergie entsteht eine gewaltige Versorgungslücke. Zudem explodieren die Kosten der Energiebeschaffung.

Sie trauen sich dennoch zu, die „Energiewende“ zu schaffen und sind überzeugt die notwendigen Kompetenzen zu haben. Vorsorglich sagen Sie aber schon mal: „Für die vielleicht arrogante Überheblichkeit bitte ich um Entschuldigung“. Sie wollen „große und harte Entscheidungen treffen!“ Meinen Sie damit die Kosten, die auf uns Bürger zukommen werden? Die Veränderungen des Landschaftsbildes? Die Strommangelwirtschaft? Darf man Ihnen dann entgegenhalten: „Bringen Sie die Lösung, oder Sie sind das Problem.“

Ich habe Fragen zur Energiewende an Sie. Für die Beantwortung möchte ich mich im Voraus aufrichtig bedanken. Wenn ich nachfolgend „Sie“ schreibe, meine ich auch die GRÜNEN und ihre angeschlossenen Organe, die NGOs, Greenpeace, FFF, das PIK, Deutsche Umwelthilfe usw.

Thema:

- **Wind und Solar**

Der Anteil der „Erneuerbaren“ an der Stromversorgung lag im Jahr 2021 bei 43 %. Binnen 8 Jahren wollen Sie diesen Anteil auf 80 % erhöhen. Durch eine einfache Verdoppelung der Windräder und PV-Anlagen in Kombination mit großen Speichern soll der Wunsch Wirklichkeit werden. Das kann natürlich nicht funktionieren, denn bei Dunkelflaute produzieren auch 10-mal so viele nicht regelbare(!) Erneuerbare keinen Strom. Dunkelflauten, auch über mehrere Tage, werden bisher durch das Hochfahren der Kohle- und Gaskraftwerke überbrückt. Im Prinzip steht hinter jedem Windrad oder jeder PV-Anlage ein konventionelles Kraftwerk. Bei Ihrem Ausbauziel erzeugen bei durchschnittlicher Windhöffigkeit und mittlerer Sonnenscheindauer die „Erneuerbaren“ unregelmäßig viel zu viel Strom, der dann vernichtet, d.h. abgeschaltet, werden muss oder ins Ausland zu negativen Strompreisen verklappt werden wird. Die Überschüsse im Bereich von 10 bis 20 Terawattstunden für eine Dunkelflaute zu

speichern, ist technisch und finanziell (Billionen Euro) unmöglich.

Also stellt sich die ganz einfache Frage: „Woher kommt der Strom nach dem Aus für Kohle, Gas und Kernenergie?“ Fast jeden Abend öffnet sich eine große Versorgungslücke. An insgesamt 60 Tagen im Jahr 2021 gab es praktisch keinen Ökostrom! Die Fießdiagramme aus ihrem Haus zeigen das sehr deutlich: <https://www.smard.de/home>

In Bayern Windräder zu errichten ist ökologisch und ökonomisch ziemlicher Unsinn. Die Windgeschwindigkeit ist durchschnittlich nur halb so hoch wie an der Küste. Windräder in Süddeutschland haben bei halber Windgeschwindigkeit nicht die halbe Leistung, sondern nur 12,5 %, denn die Windenergie skaliert in der 3. Potenz der Windgeschwindigkeit. Acht Windräder in Süddeutschland produzieren nur so viel Strom wie eines an der Küste. Das ist übrigens Physik und nicht Politik.

Sehen Sie die schädlichen Nebenwirkungen wie das Schreddern von Vögeln und Fledermäusen, Infraschall, Abholzung der Wälder, Verschandelung der Landschaft durch Windräder als vertretbar an? Ist der Flächenverbrauch von Ackerland und naturbelassenen Flächen für riesige PV-Anlagen und Windräder einfach hinnehmbar? Gibt es genügend Bodenschätze, um Ihre Pläne in Sachen Energiewende umzusetzen? Nach verschiedenen Szenarien könnten Kupfer, Lithium und Kobalt sehr schnell knapp werden.

Das benötigte Material für nur eine einzige Windturbine besteht aus: 1.200 t Beton, 260 t Stahl, 4,7 t Kupfer, 3 t Aluminium und 2 t Seltene Erden und viele Tonnen Verbundwerkstoffe mit Kunststoffen. Für Ihre zusätzlichen 24.000 Windräder bis 2030 kommen somit unfassbare Massen in Betracht.

Können Sie von Nachhaltigkeit sprechen bei nur max. 20 Jahren Laufzeit von Windrädern? Warum haben Sie die Entsorgung der Windräder nicht geregelt?

- **Photovoltaik**

Solarpaneele werden in China mit billigem Kohlestrom hergestellt. In den Wüsten Nordafrikas braucht es nur 4 Jahre, um die Energie (Joule oder kWh), die zu ihrer Herstellung gebraucht wurde, zu erzeugen (ETH, Zürich). PV braucht in Südtalien 10 Jahre und nördlich der Alpen etwa 18 Jahre, um die Energie seiner Herstellung zu erzeugen. Sie haben sich aber durch hohe Subventionen bereits nach wenigen Jahren finanziell rentiert. Ist das etwa ökonomisch, ökologisch oder nachhaltig?

An Tagen mit neuen Produktionsrekorden von Ökostrom wird das von Ihnen bejubelt. In der Mittagszeit wird dann mehr Strom erzeugt als verbraucht wird. Das hat zur Folge, dass der Börsenpreis auf null Euro fällt und öfters sogar negativ wird. Der Strom wird ins Ausland „verklappt“. Jetzt werden die höchsten EE-Umlagebeträge fällig. Wenn es dumm läuft, wird abends der Strom aus dem Ausland zurückgekauft.

Sind solche Tage nicht volkswirtschaftlich gesehen eine Katastrophe?
„Die Sonne schickt keine Rechnung“ ist Ihr Slogan. Wieso hat dann
Deutschland die höchsten Strompreise der Welt?

- **Speicher**

Man kann im Stromnetz tatsächlich keinen Strom speichern (Baerbock und Aiwanger). Mehr Pumpspeicher-Kraftwerke sollen als Stromspeicher dienen. Alle 20 Pumpspeicher in Deutschland können rechnerisch den Strombedarf Deutschlands nur für 17 Minuten decken, dann sind alle Oberseen leer. Das neue HGÜ-Kabel NordLink nach Norwegen, Kapazität 1400 MW, 525 kV sollte das Problem entschärfen: „Austausch von Ökostrom und Stromspeicher für Deutschland“ verbreiteten die ÖR-Medien und das BMU. Norwegen hat 1.250 Staudamm-Wasserkraftwerke, aber nur ein kleines Pumpspeicherwerk, Saurdal mit 320 MWh Kapazität. Norwegen kann keinen überschüssigen Windstrom aus Deutschland speichern, das ist technisch unmöglich. Norwegen produziert äußerst kostengünstig sehr viel mehr Strom als es selbst verbraucht und exportiert in alle Länder rundum, auch nach England und jetzt nach Deutschland. Wenn überhaupt, nimmt Norwegen überschüssigen Ökostrom aus Deutschland nur zu negativen Preisen ab, d.h. wenn wir Geld dazugeben.

Das größte Batteriespeicherkraftwerk der Welt, die Moss Landing Energy Storage Facility in Monterey County (USA) hat eine Spitzenleistung von 300 MW und eine Kapazität von 1.200 MWh. Es bräuchte 200 solcher Batterien, um Deutschland nur vier Stunden mit Strom zu versorgen, dann sind sie leer. Um eine zweitägige Dunkelflaute zu überstehen, brauchte es für Deutschland 2.500 solcher Anlagen. Das Lithium dafür müsste wohl von einem anderen Planeten importiert werden. Und wir reden hier nur über die Stromversorgung, die derzeit 25 Prozent des Primärenergieverbrauches ausmacht.

Mit dem „Smart-Grid“ wollen Sie Millionen E-Autos als Stromspeicher „Power to car“ nutzen. Das kann in Deutschland nicht funktionieren, denn die E-Autos von VW, Audi, Mercedes usw. sind technisch gar nicht rückspeisefähig. Nur einige japanische Versuchsfahrzeuge mit einer speziellen Chademotechnik können das. Außerdem ist das deutsche Stromnetz für bidirektionales Laden nicht ausgelegt und praktisch niemand in Deutschland ist freiwillig bereit sein Elektroauto als Stromspeicher für das allgemeine Netz zur Verfügung zu stellen. Haben Sie das Projekt heimlich schon beerdigt? Man hört davon nicht mehr viel.

Wasserstoff soll zum Speichern von Energie genutzt werden. Da bei der Umwandlung von Strom zu Wasserstoff und wieder zurück zu Strom physikalisch und technisch bedingt 75 % der Energie verloren geht und diese Anlagen sehr teuer sind, müsste der Strompreis lt. Handelsblatt auf über 1,50 € pro kWh steigen.

- **Wasserstoff**

Bisher wird Wasserstoff durch die Dampfreformierung aus Erdgas

hergestellt. Bei niedrigen Erdgaspreisen gab es viele Anwendungsgebiete für den „grauen“ Wasserstoff.

Den klimaschädlichen „grauen“ Wasserstoff wollen Sie durch „grünen“ Wasserstoff ersetzen. Aus den Vereinigten Arabischen Emiraten wollen Sie „grünen“ Wasserstoff in großen Mengen nach Deutschland bringen. Für die Herstellung einer Kilowattstunde Wasserstoff benötigt man drei bis vier Kilowattstunden Strom. Das ist nicht zu ändern, weil es die Physik so will. Die noch mit deutscher Hilfe (Geld) zu bauenden Elektrolysefabriken können technisch und wirtschaftlich nur funktionieren, wenn sie kontinuierlich, rund um die Uhr, arbeiten. Der Anteil der erneuerbaren Energie beträgt in den VAE nur 0,3%! Da Wind und Solarstrom also ausscheiden, wird der Strom aus den gerade fertiggestellten 4 Kernkraftwerksblöcken, Typ APR, je 1.400 MW, in Barakah kommen. Die VAE betrachten ihre KKWs als Beitrag zur Klimaneutralität. Sie erzeugen große Mengen kostengünstigen „Ökoatomstrom“ rund um die Uhr für sich selbst und für deutschen Wasserstoff.

Herr Habeck, wie wollen Sie den Wasserstoff nennen? „Roten“ Wasserstoff? Wie wollen Sie den Wasserstoff nach Deutschland transportieren? Mit Tankschiffen? Es gibt weltweit nur einen sehr kleinen, nur 1.250 m³, Flüssiggastanker für Wasserstoff, die „Suito Frontier“ (Japan). Die Wasserstofftechnik ist lebensgefährlich. Wasserstoff explodiert bei Luftzutritt ziemlich leicht. Deshalb plant ober baut niemand Wasserstofftanker.

Der Vorschlag den Wasserstoff in Ammoniak umzuwandeln, um ihn transportieren zu können geht technisch problemlos. Der Haken daran ist, es gibt nochmals große Energieverluste. Nach einer Umwandlung zurück zu Wasserstoff ist netto fast keine Energie mehr da. Wasserstoff zur Energiespeicherung oder für „grünen“ Stahl zu nutzen, wird unfassbar teuer (Handelsblatt). In Deutschland ist man über den Status kleiner Versuchsanlagen noch nicht hinausgekommen.

• Kohle

Die Braunkohle ist die einzige nennenswerte heimische Energie. Sie hat das Potential ein Drittel des deutschen Strombedarfes zu decken. Der Kohleausstieg hat dazu geführt, dass die Blöcke nach und nach abgeschaltet werden. Doch immer, wenn ein Block vom Netz geht, nimmt die Bundesnetzagentur ihn in die „Reserve“ und schaltet ihn bei Bedarf gleich wieder an.

Man kann Kohlestrom mit der CCS-Technik (CCS = Carbon Capture and Storage) CO₂-frei (für die Atmosphäre) produzieren. Die Kohlendioxidvermeidungskosten bei einer CCS-Nachrüstung von Kohlekraftwerken liegen in einem Bereich von 65–70 Euro pro Tonne CO₂ und im Fall von Gaskraftwerken bei 70–85 Euro pro Tonne CO₂. Das rechnet sich, weil die CO₂-Zertifikate der EU schon bald teurer sein werden.

Aber Sie haben CCS-Technik in Deutschland einfach verboten. Warum nur? Nennen Sie einen vernünftigen Grund. In Schweden funktioniert das schon. Das CO₂ wird in tiefen geologisch geeigneten Schichten unter die Ostsee gepresst. Das Ergebnis Ihrer Politik ist aber, dass Deutschland wieder einmal eine Zukunftstechnologie verpasst hat.

- **Kernenergie**

Sie sagten, man kann über alles, also auch über Kernenergie, reden. Meinen Sie das wirklich ernst? Dann ändern Sie schnell das Atomgesetz und lassen Sie die Wirtschaft machen. Aber Sie blockieren mit falschen Argumenten den Weiterbetrieb der letzten drei KKWs und das Wiederanfahren von 3 weiteren Blöcken. Technische Probleme gibt es keine. Brennelemente rechtzeitig zu beschaffen ist mit etwas gutem Willen auch noch möglich.

Übrigens kommt aus Russland, entgegen Ihrer Behauptung, nur 4% des Urans für Deutschland. Sie zeigten jedoch offen Ihren Stolz über die erfolgreiche Vernichtung der deutschen Kernenergie.

Sie könnten im nächsten Winter und in den nächsten Jahren mit der Strommenge von 65 TWh, die von den letzten 6 Kernkraftwerken (8.200 MW) pro Jahr produziert werden kann, den größten Teil des russischen Erdgases CO₂-frei ersetzen.

Wie wollen Sie den „Atomstrom“ ersetzen, wenn die KKWs demnächst vom Netz gehen? Wollten Sie diese Energie beispielsweise durch Windkraft ersetzen, dann bräuchten Sie allein dafür schon ca. 25.000 Windräder zusätzlich, um die gleiche Strommenge wie die 6 KKWs zu erzeugen (in 2019; Quelle: AGORA).

Hätte Frau Merkel nicht, zum Teil widerrechtlich (bei den ersten 8 KKWs geschehen), die Kernenergie in Deutschland beendet, könnten wir heute einen Anteil von 35 % CO₂-freien Atomstrom im Strommix haben. Hätte Deutschland nicht nach Tschernobyl den planmäßigen Ausbau (z.B. Biblis Block C und D) der Kernenergie beendet, könnte Deutschland heute 80 % Atomstromanteil haben (ganz ähnlich wie Frankreich) und bräuchte kaum Erdgas oder Kohle.

Nun ist aber die bloße Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas zur Strom- und Wärmeerzeugung prinzipiell keine gute Idee. Diese fossilen Rohstoffe sind über viele Millionen Jahre entstanden. Wenn die Menschheit diese an sich wertvollen Rohstoffe für die Chemie, die Landwirtschaft und die Pharmazie in nur wenigen Jahrzehnten bei Gas und Öl und einigen 100 Jahren bei Kohle verbraucht, d.h. verbrennt, vernichtet, dann kann es durchaus sein, dass der Räumungsbefehl für den Menschen auf dem blauen Planeten schon geschrieben ist.

Die Erde birgt aber einen riesigen Schatz, der ein Glücksfall für die Menschheit sein könnte. Einen fast unerschöpflichen Vorrat von Uran und Thorium. Diese beiden Elemente taugen zu nichts anderem als zur CO₂-

freien Erzeugung von Energie für Milliarden Menschen für Jahrhunderte. Die Möglichkeiten sind schon heute verfügbar: Die Wiederaufarbeitung und der Brennstoffkreislauf. Die Brütertechnologie nutzt Uran Faktor 100 besser aus als bisherige Reaktoren. Aus den Weltmeeren lassen sich mehr als 1 Mrd. Tonnen Uran wirtschaftlich gewinnen. China erforscht diese Methoden schon. Der Weltklimarat, IPPC und die grünen Parteien in anderen Ländern empfehlen ausdrücklich die CO₂-freie Nutzung und Entwicklung der Kernenergie zum Klimaschutz. Kann es sein, dass wir der energiepolitische Geisterfahrer sind und nicht all die anderen?

Könnte die Kernfusion die bessere Alternative zur Kernspaltung sein? Die baldige Verfügbarkeit von Kernfusionskraftwerken ist enttäuschend. Es gilt seit Jahrzehnten die Feststellung: Es wird die ersten Fusionskraftwerke ganz sicher in 10 Jahren geben, und zwar unabhängig vom Zeitpunkt dieser Aussage.

- **Gas, LNG**

Die Volatilität der „Erneuerbaren“ ist das größte Problem. Wind steht eben nur mit 25 % der Vollaststundenzahl des Jahres zur Verfügung, Sonne nur zu etwa 10 % des Jahres. Daher hatte der Koalitionsvertrag folgerichtig einen massiven Ausbau von Gaskraftwerken vorgesehen. Die etwa 60 neuen Gaskraftwerke mit einer Leistung von 43 GW zu 40 Mrd.€, lt. Boston Consulting Group, werden nun aber eine neue Lieferquelle benötigen. Dies erfolgt in einer Lage, in der die Gasmärkte der Welt bereits von Engpässen und extremen Preisentwicklungen gekennzeichnet sind. Aktuell ist der Gaspreis achtmal so hoch wie vor einem Jahr.

Für den Klimaschutz sind Gaskraftwerke schlecht. Die CO₂-Bilanz ist bei GuD-Anlagen (Gas und Dampfkraftwerke) mit 60% Wirkungsgrad nicht besser als bei Kohlekraftwerken. Bei reinen Gasturbinen mit nur 30 % Wirkungsgrad ist der CO₂-Ausstoß leider doppelt so hoch.

Sie waren zu Besuch in Katar und verkündeten danach jublierend, Deutschland habe mit Katar eine Gaspartnerschaft geschlossen. Saad Al-Kaabi holte die Erwartungen der Deutschen aber schnell auf den Boden der Tatsachen zurück: Gar nichts sei vereinbart worden. Al-Kaabi, der Energieminister der kleinen Golf-Monarchie, verpasste Ihren großen Erwartungen einen heftigen Dämpfer. Auch wenn man wollte, könne man leider keine großen Mengen an Gas nach Europa liefern, sagt der oberste Gasverkäufer des Landes in einer Politikkonferenz in der Hauptstadt Doha: „Unsere Kapazitäten sind mehrheitlich in langfristigen Verträgen in Asien gebunden. Das erlaubt es uns leider nicht, kurzfristig größere Mengen abzuzweigen und nach Deutschland zu liefern.“

Die gleiche Situation in den USA. Präsident Biden verspricht Fracking-LNG, kann aber lt. Wallstreet Journal gar nicht liefern. Da die meisten LNG-Lieferungen Teil langfristiger Verträge sind, sind die Anlagen derzeit voll ausgelastet, und da der größte Exporteur bis in die 2040er Jahre „ausverkauft“ ist, gibt es nur sehr wenig überschüssiges LNG das

nach Europa geliefert werden kann...

Cheniere Energy Inc., der größte Exporteur von verflüssigtem Erdgas in den USA, hat die geplante Produktion aus der 7 Milliarden Dollar teuren Erweiterung seiner Anlage in Corpus Christi bis in die 2040er Jahre ausverkauft, sagte der CEO des Unternehmens, Jack Fusco.

Selbst wenn irgendwoher Flüssiggas als Ersatz für das russische Erdgas geliefert werden könnte, wären die Frachtraten gewaltig: 3 – 4 LNG-Tanker pro Tag! Das bedeutet einen Bedarf von 60 bis 80 Schiffen zusätzlich allein für Lieferungen nach Deutschland. Diese Flüssiggastanker (Gas-Temperatur: minus 160 °C) verlieren technisch bedingt 0,2 bis 0,6 % ihrer Fracht pro Tag(!) als s.g. Boil-off-Gas. So gelangt das klimasensitive Methan in großen Mengen direkt in die Atmosphäre.

• Fracking

Die letzten 6 Kernkraftwerke, die zum Antritt der Regierung Scholz noch vorhanden waren, sollten durch neue Gaskraftwerke ersetzt werden, die 120 TWh Gas pro Jahr verbraucht hätten. Durch Nutzung der 1.300 Mrd. m³ Schiefergas in Norddeutschland und unter der Nordsee könnte jetzt ein großer Teil der Energielücke geschlossen werden. Die eigenen vorhandenen Gasschätze im deutschen Schiefergestein zu heben, wurde aber einer grünen Wohlfühlpolitik geopfert und von Ihnen verboten.

Warum lehnt Ihre rot-grün-gelbe „Fortschrittskoalition“ Fracking in Deutschland ab? Sachliche Gründe sind nicht bekannt. Erdbeben kommen, anders als bei der Geothermie, nicht vor. Die Fracking-Flüssigkeit besteht zu 99,51 Prozent aus Wasser und Sand. In den verbleibenden 0,49 Prozent stecken Chemikalien, die man allesamt auch in der Küche, im Badezimmer oder in der Garage findet: Zitronensäure (Zitronensaft), Glutaraldehyd (Desinfektionsmittel), Guarkernmehl (Eiskrem), Isopropanol (Deodorant), Borsäure (Handwaschseife), Ammoniumpersulfat (zum Haare färben), Kaliumchlorid (intravenöser Tropf), Natriumkarbonat (Geschirrspüler), Äthylenglykol (Enteiser) und Ammonium-Bisulfit (Kosmetika). Die Fracking-Chemikalien sind weder giftig noch krebserregend, auch wenn es permanent von Ihrer Seite behauptet wird.

• E-Autos

Elektroautos werden immer zu 100% mit Strom aus Kohle oder Erdgas betrieben! Niemand kann das widerlegen. Wieso nicht? Durch die Vorranginspeisung der Erneuerbaren kann kein zusätzlicher Strom aus Wind oder Sonne erzeugt werden, wenn man Strom braucht, denn er ist ja schon komplett im Netz. Erneuerbare können nicht „hochfahren“. Wenn ein E-Auto an die Steckdose geht, muss also ein regelbares Kohle- oder Gaskraftwerk zeitgleich die Leistung erhöhen, um den Akku zu laden. Wie wollen Sie diesen Strom (min. zusätzliche 40 GW) nach dem Kohle- und Gasanstieg für Millionen E-Autos (und Millionen Wärmepumpen) erzeugen?

Ein Audi E-Tron, z.B., hat einen 17 Tonnen schweren CO₂ Rucksack. Er hat erst nach 166.000 km einen ökologischen Vorteil gegenüber einem Verbrenner, aber nur, wenn der gesamte Strom erneuerbar hergestellt wurde. Zusätzlich ist der Verbrauch an Rohstoffen für E-Autos wesentlich höher als bei Verbrennern. Das ist ökologischer und ökonomischer Wahnsinn und für das Klima eher schädlich (lt. Prof. Lesch).

Warum wollen Sie durch Milliarden schwere Subventionen Elektroautos auf die Straße drücken, wenn doch der Schaden so immens groß ist? (Quelle: WDR –Die Story, Prof. Harald Lesch und Fraunhofer Institut)

Wenn nur jede 2. Garage Deutschlands ein Wallbox erhält, müsste Deutschland innerhalb der Kommunen komplett neu verkabelt werden. Eine mittelfristig nicht lösbare Aufgabe mit gigantischen Kosten für die EVUs.

Sie wollen auch E-fuels (E-Diesel) für den LKWs, Schiffe und Flugzeuge durchsetzen. E-fuels werden aus CO₂ und Wasserstoff synthetisiert. Zur Herstellung von einem Liter benötigt man 27 kWh Strom. Der Preis pro Liter E-Diesel liegen bei mindestens 12,- € (ohne die Steuern wie bei herkömmlichem Diesel).

Ihre Lösung der Transportprobleme: Sie werben für E-Lastenfahrräder als zukunftsweisende Transportmittel! Da haben Sie einen Witz gemacht, oder? Und in China fährt der Transrapid in die Zukunft.

Maisfelder, der Hit der deutschen Landwirtschaft, soweit das Auge reicht für Ethanol im E10-Benzin tötet nicht nur Insekten (Neonicotinoide) sondern auch Menschen: Hungersnöte in Afrika. „Teller oder Tank?“. Wäre es nicht geboten diesen Unsinn sofort zu beenden? Halten Sie die Abholzung von Regenwäldern für deutschen Biodiesel für gerechtfertigt, um Ihre Klimaziele zu erreichen?

• Heizung

Neue Öl- und Gasheizungen wollen Sie verbieten. Wärmepumpen sollen Öl- und Gasheizungen sehr bald ersetzen. Sechs Millionen Wärmepumpen sollen bis 2030 installiert werden. Sie sind sehr teuer, verbrauchen viel Strom und machen Lärm. Der Stromverbrauch für Wärmepumpen liegt bei 27 bis 42 kWh pro qm Wohnfläche. Dies bedeutet bei einem Haus mit 160 qm Wohnfläche einen mittleren Stromverbrauch von ca. 4320 kWh bis 6720 kWh pro Jahr zusätzlich.

Wärmepumpen funktionieren nur in sehr gut gedämmten Häusern. Allein für den Einbau werden 100.000 zusätzliche Fachkräfte in Deutschland gebraucht.

Heizung und Warmwasser mittels Fernwärme aus Kohlekraftwerken hat einen Anteil von 13,9 Prozent (5,6 Mio. Wohnungen) im Wärmesektor. Mit der deutschen Abschaltkaskade der Kohlekraftwerke stellt sich die Frage nach dem Ersatz der entfallenden Fernwärmelieferungen. Röhrenwärme soll durch

dezentrale Heizungen (?) und Blockheizkraftwerke ersetzt werden. Haben Sie hierzu ein Konzept, wie das gemacht werden soll? Haben Sie einen Zeit- und Kostenplan?

- **Blackout**

Sehen Sie die Gefahr eines großen Blackouts? Ist es nicht bedenklich, dass es bald kaum noch „schwarzstartfähige“ Kraftwerke mehr gibt und schon heute Phasenschieber zur Netzstabilität gebraucht werden?

Kennen sie die Auswirkungen fehlender Schwungmassen (große Turbinen und Generatoren) für die Netzstabilität? Unkontrollierte schwer beherrschbare Blackouts wird es vielleicht selten geben. Aber Brownouts, Stromabschaltungen, die zeitlich und örtlich begrenzt sind, genau wie in Drittweltländern, sind ziemlich sicher.

2020 gab es 56 Nächte ohne Wind. Die Stromversorgung konnte nur mit Atomstrom aus Frankreich und Kohlestrom aus Polen sichergestellt werden. Sind wir also schon in der Strommangelwirtschaft, angesichts der Zahlungen von 1,2 Mrd. Euro (2019) für Redispatch (Eingriffe in die Stromerzeugung zur Vermeidung von Überlastungen des Netzes)?

- **Energiemangelwirtschaft**

Sie sagen, dass es nach dem großen Abschalten in Deutschland dann Strom nicht mehr „bedarfsgerecht“, sondern „angebotsorientiert“ geben wird. Und zwar zu „nachhaltig-gerechten“ Strompreisen. Was soll das sein? Kostet dann die Energiewende eine „Kugel Eis“ pro Kilowattstunde?

Zum Vergleich: Frankreich hat mit seinen 57 KKW-Blöcken nur ein Fünftel der CO₂-Emissionen wie Deutschland bei einem nur halb so hohen Strompreis. Es erzeugt 70 % seines Stromes mit Kernenergie. Heizung, Warmwasser und Klimaanlage, alles mit Atomstrom. Frankreich braucht kein Erdgas oder LNG und keine Wärmepumpen. Ist das nicht ein Grund um neidisch zu sein, Herr Habeck? Hier ist das gut zu erkennen: <https://app.electricitymap.org/zone/DE>

Ist die Summe der Förderung für erneuerbare Energien von etwa 100 Mrd. Euro pro Jahr für alle Subventionen, EEG-Umlagen, CO₂-Steuer, Steuererleichterungen, Kaufprämien für E-Autos, staatliche Förderprogramme für alles Mögliche nicht jetzt schon viel zu hoch für unsere Volkswirtschaft? Nach den Plänen der Regierung werden diese Ausgaben noch gewaltig steigen. Ist es wahr, dass bis 2030 mehr als 2 Billionen Euro benötigt werden auf dem Weg zur Klimagerechtigkeit, wie Sie es nennen? Ist es nicht ein Taschenspielertrick, den Sie zusammen mit Herrn Lindner machen, wenn Sie die EEG-Umlage von der Stromrechnung auf die Steuerzahlung verschieben?

„Der Mangel an Kompetenz, Wissen und Bildung gibt sich durch nichts deutlicher zu erkennen als durch falsche Verwendung von Begriffen und Einheiten.“ Ein Basiswissen in Physik und Mathematik ist in der Politik

und den ÖR-Medien nicht vorhanden. Leistung und Energie werden ständig falsch verwendet. Bei Kapazität, Wirkungsgrad und den Hauptsätzen der Thermodynamik herrscht Ahnungslosigkeit. Mega, Giga oder Terra: alles egal. Was für ein Unsinn dabei herauskommt zeigt sich an diesen Beispielen:

„Ein Windrad erzeugt 5 Megawatt Strom (ARD). Die Sonne schickt keine Rechnung (GRÜNE). Atom- und Kohlestrom blockieren die Leitungen (Professorin C. Kemfert). Im Stromnetz sind viele Gigabyte (Cem Özdemir). Kühltürme rauchen (WDR). Die FFF-Bewegung: Wenn das Eis am Nordpol geschmolzen ist, steigt der Meeresspiegel.“ Die Kinder wären besser freitags in die Schule gegangen und hätten etwas von Archimedes gelernt. Daniel Günther, MP von Schleswig-Holstein hat unlängst in der Welt behauptet, dass seine 1,9 GW Windkraftleistung mehr Strom erzeugt hat als das KKW Brokdorf mit 1,4 GW. In Wahrheit hat das KKW 3,5-mal so viel Strom, Einheit: GWh, erzeugt. Wer ist hier dümmer, was meinen Sie? Der Politiker ohne Basiswissen oder die Zeitung, die keine Ahnung vom Thema hat und nichts korrigiert?

Wissen Sie, dass es „Erneuerbare Energie“ eigentlich gar nicht gibt? Man kann Energie weder erzeugen noch vernichten oder verbrauchen oder erneuern. Energie lässt sich immer nur umwandeln oder speichern. Am Ende aller Prozesse ist immer nur Wärme da. Die Sonne schickt unablässig Strahlungsenergie. Die lässt sich in elektrischen Strom umwandeln über die PV und den Wind. In Kohle, Öl und Gas ist Sonnenenergie chemisch gespeichert. Im Uranatomkern sind nukleare Bindungskräfte freisetzbare, die Wärme erzeugen. Wenn man Physik in der Schule abgewählt hat, kann von den Erhaltungssätzen natürlich nichts wissen.

Deutschland hat eine Vorreiterrolle, sagen Sie immer wieder, doch niemand reitet hinterher, so ist der Eindruck. Francois Macron sagt dazu: „Die Deutschen haben jedes Recht, zu entscheiden, dass sie aus der Nuklearenergie aussteigen wollen. Das ist ihre Sache. Aber ich fände es gut, wenn sie eine solche Agenda nicht in Europa pushen würden. Ich würde mir mehr Respekt und Verständnis dafür wünschen, dass unsere Analyse und Risikoabwägung – und die vieler europäischer Länder – anders sind.“

Einzig in der Welt schalten wir die besten KKW's ab. Haben Sie sich mal gefragt, ob Sie nicht der energiepolitische Geisterfahrer sind und nicht die anderen 50 Nationen, die gerade KKW's bauen statt abschalten?

Der deutsche Anteil an den CO₂ Emissionen der Welt beträgt nur 2 %. Mit der deutschen Energiewende das Weltklima retten zu wollen, ist in etwa so sinnvoll, wie eine gebratene Weihnachtsgans zum Tierarzt zu bringen. Was wir an CO₂ einsparen, hat Indien und China im nächsten Moment schon wieder ausgestoßen.

Die Wahrheitsfindung bei den Themen Energie und Klima ist scheinbar schwierig. Ein Zitat von Berthold Brecht hierzu: „Wer die Wahrheit nicht

weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.“ Sie müssen sich fragen: „Betreiben wir eine Energiewende ins Nichts?“ Im Jahr 2019 erschien im „Wall Street Journal“ ein Artikel über die deutsche Energiepolitik mit dem Titel „World’s Dumbest Energy Policy“ („Die dümmste Energiepolitik der Welt“).

Im Artikel wird aufgezeigt, dass „unzählige Milliarden“ in „unzuverlässige Wind- und Sonnenenergie“ geflossen sind und dass Deutschland nach dem Abschalten von Atom- und Kohlekraftwerken wahrscheinlich in eine Katastrophe schlittert. Ein Kommentar dazu lautete: „Herr Habeck will die Probleme lösen, die es ohne die „Grünen“ überhaupt nicht gäbe. Physik wird bei Ihnen offenbar klein geschrieben. Man muss nur wollen, dann kann man auch die Gesetze der Physik und der Mathematik außer Kraft setzen. Politiker der Grünen spielen unverdrossen mit der Idee des Klimanotstandes, um die „große Transformation(?)“ einzuleiten. Das macht Menschen Angst. Es gibt tatsächlich schon Psychotherapien wegen „Klimaangst“. Einstein sagte: „Die Dummheit der Menschen und das Weltall sind unendlich groß.“ Jedoch in einem Fall irrte er sich: Beim Weltall.

Herr Habeck, wenn Sie erkannt haben sollten, dass Sie ein totes Pferd reiten, sollten Sie absteigen. Ich bin gespannt auf Ihre Antwort und freue mich darauf!

Hans Ambos
Bensheim

Der Artikel erschien zuerst bei Die kalte Sonne hier

Die Kernkraftwerke können weiterlaufen – sagen Experten im bayerischen Landtag

geschrieben von Admin | 20. Mai 2022

Ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ist möglich, sagen die Fachleute der Betreiber, die Ideologen des Bundesumweltministeriums behaupten, nein, das sei nicht möglich.

VON HOLGER DOUGLAS

Die Kernkraftwerke können weiterlaufen. Dies sagte bei einer Expertenanhörung im Bayerischen Landtag der Kraftwerksleiter des letzten

bayerischen Kernkraftwerkes Isar 2, Carsten Müller. Aus Sicht des Betreibers PreussenElektra wäre dies technisch problemlos möglich, bis März 2023 könne der Reaktor ohne Leistungseinbußen zusätzlichen Strom erzeugen. Danach könnte bis Spätsommer 2023 mit alten Brennstäben weiter Strom produziert werden.

Uran für neue Brennstäbe könnte problemlos außerhalb Russlands beschafft werden, erläuterte Müller bei der Expertenanhörung. Personal müsste von anderen Standorten nach Bayern geholt und nachgeschult werden. Doch er betonte, eine Laufzeitverlängerung sei für den Betreiber nur dann sinnvoll, wenn die für 3-5 Jahre gelte.

Mit der bevorstehenden Energieknappheit nimmt die Diskussion noch einmal an Fahrt auf, die restlichen bestehenden Kernkraftwerke weiter laufen zu lassen. Die sind technisch in Ordnung, gehören zu den weltweit sichersten und repräsentieren noch Milliardenwerte.

Der bayerische Ministerpräsident Söder fordert mit Hinweis auf den Krieg in der Ukraine längere Laufzeiten für die verbliebenen Kernkraftwerke. Die CSU-Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Laufzeit des bayerischen Atomkraftwerkes Isar II um drei bis fünf Jahre verlängert wird. Ziel sei es, vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges die Versorgungssicherheit unserer Energie zu gewährleisten.

Die energiepolitische Sprecherin der CSU-Fraktion Kerstin Schreyer: »Die Zeit drängt! Der Betreiber vom Atomkraftwerk Isar II braucht bis 30. Mai eine Entscheidung, sonst droht die Abschaltung. Der Bund muss die Versorgung der Bürger und der Unternehmen in Deutschland und in Bayern sicherstellen. Wenn er nicht glaubhaft belegen kann, dass er diese Sicherheit durch erneuerbare Energien garantieren kann, dann muss die Laufzeit der Kernkraftwerke, bei denen das möglich ist, um drei bis fünf Jahre verlängert werden. Wir können uns hier keine Experimente erlauben!«

In Bayern wurde Ende des vergangenen Jahres das Kernkraftwerk Gundremmingen abgeschaltet, das könne weiter betrieben werden, sagte jetzt Ludwig Kohler vom bayerischen Umweltministerium, das sei technisch und rechtlich möglich. Die beiden Atomkraftwerke Isar II und Gundremmingen könnten rund 25 Prozent des bayerischen Strombedarfs decken. Doch für Gundremmingen müsse eine rasche Entscheidung getroffen werden, denn ab Anfang Juni sei dort der Rückbau so weit fortgeschritten, dass eine schnelle Wiederinbetriebnahme nicht mehr möglich sei. Ein anderes Kernkraftwerk in Grafenrheinfeld könne nicht mehr hochgefahren werden, das wurde 2015 abgeschaltet.

Der grün dominierte Bund allerdings will keine Laufzeitverlängerung: »Wir sehen in einer Laufzeitverlängerung eine Risikoerhöhung, die angesichts der Stromversorgungssicherheit nicht gerechtfertigt ist«, sagte Gerrit Neuhaus vom Berliner Bundesumweltministerium in der

Landtagsanhörung in München. Dieser dunkelgrüne Jurist ist jetzt Abteilungsleiter für nukleare Sicherheit und Strahlenschutz im neuen Bundesumweltministerium und schwindelt bei der Anhörung in München unverblümt von Risikoerhöhung bei einer Laufzeitverlängerung. Kann man ja mal in die Welt setzen. Der kontrollierte bisher in Baden-Württemberg als »Atomabbruchaufseher«, ob auch sämtliche Kernkraftwerke richtig abgeschaltet und unwiederbringlich zerstört werden. Es fehlten Ersatzteile und qualifiziertes Personal für einen Weiterbetrieb, regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen seien im Hinblick auf die Abschaltung ausgefallen.

Ein Weiterbetrieb der KKW ist möglich, sagen die Fachleute der Betreiber, die Ideologen des Bundesumweltministeriums behaupten, nein, das sei nicht möglich.

Zur Stromerzeugung gebaute Kernkraftwerke könnten keinen sinnvollen Beitrag zur Einsparung von Gas leisten, behauptet Johannes Kemper von der Bundesnetzagentur. Kohlereservekraftwerke könnten Energieengpässe durch mögliche russische Gaslieferstopps besser kompensieren.

In Bayern unterstützen Landtagsabgeordnete von CSU, freien Wählern, FDP und AF eine vorübergehende Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke. Grüne und SPD dagegen glauben, dass mit Windrädern und Photozellen Bayern mit Energie versorgt werden können, wollen einen schnelleren Ausbau sogenannter erneuerbaren Energien und lehnen die Verschiebung des Aufstieges ab.

Für eine Laufzeitverlängerung ist der Bund zuständig. Ende Februar versprach Wirtschaftsminister Habeck, alle Optionen zu prüfen, um die Versorgungssicherheit zu verbessern. Der Weiterbetrieb der letzten Kernkraftwerke solle ideologiefrei geprüft werden – ist nicht neu. Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestag stellte einst fest: »Der Bundestag kann jederzeit ein Gesetz über den Wiedereinstieg in die zivile Kernkraftnutzung beschließen. Er ist demokratisch legitimiert und verfügt über die verfassungsgemäße Entscheidungsfreiheit zur Aufhebung früherer Gesetze.«

Das war schon 2010. Die Stellungnahme endete: »Der Fortbetrieb der zivilen Nutzung der Atomkraft hängt auch von der Entscheidung des Bundesrates ab. Es gibt weder unüberwindbare rechtliche Hürden noch die „richtige“ politische Antwort. Es bedarf einer Gesamtwürdigung verschiedener Aspekte wie z. B. Energiekonzept, Versorgungssicherheit, Schadensvorsorge, Entsorgung, Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit. Erst dann kann verlässlich beurteilt werden, ob die Kernenergie eine Brücken-, Übergangs- oder Zukunftstechnologie ist.«

Es ist eine rein politische Entscheidung. Die Kernkraft ist politisch von Grünen nicht gewollt. Habecks Ansage erwies sich als Ablenkungsmanöver, die Entscheidung stand bereits fest.

Grüne, CDU und SPD betreiben weiterhin das schauerliche Spiel, einem Industrieland die Energieversorgung abzuwürgen und Milliardenwerte zu vernichten.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Preistreiber Energiewende (2)

geschrieben von Admin | 20. Mai 2022

Die steigenden Energiepreise sollen durch den schnellen Ausbau von Wind- und Solaranlagen gebremst werden. Doch Wind- und Sonnenstrom treiben die Kosten zusätzlich in die Höhe.

von Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel

Deutschland hatte bereits vor dem weltweiten Anstieg der Energiekosten die höchsten Preise in Europa. Steuern und weitere gesetzliche Abgaben sind die Ursachen. Der Staat kassiert bei Strom und Treibstoffen mehr als die Hälfte des Verkaufspreises. Bei Heizgas sind es etwa 30 Prozent. Ein wesentlicher Teil der Abgaben soll die Energiewende vorantreiben. Ziel der Energiewende ist es, die Versorgung vollständig auf die sogenannten regenerativen Energien Wasserkraft, Biomasse, Wind und Sonne umzustellen. Ist das möglich und bezahlbar?

Eine Überschlagsrechnung zeigt, mit Wasserkraft und Biomasse kann nur ein Bruchteil des Strombedarfs in Deutschland erzeugt werden. Regenmengen und Fallhöhen reichen nur für wenige Prozent der benötigten elektrischen Energie. Das gilt auch für die nachwachsende Biomasse. Es können maximal 5 Prozent der Heizungen mit Holzpellets betrieben werden. Ein Mehrbedarf wird heute bereits importiert. Wind- und Solaranlagen könnten den Strom-Jahresbedarf decken, wenn die Anlagen verdreifacht werden. Doch sie liefern nicht die benötigte Leistung zur rechten Zeit.

Teurer Wind- und Solarstrom

Der nicht regelbare Wind- und Solarstrom ist 4-mal teurer als der plan- und regelbare Strom aus Kraftwerken. Dieser wetterwendische Strom mit schnell wechselnden Leistungen kann kein stabiles Stromnetz aufbauen und auch keinen Haushalt mit Strom versorgen, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Politiker und Profiteure versichern uns aber ständig, dass dies möglich sei. Das ist eine Täuschung der Verbraucher. Daher bezeichnet der Stromverbraucherschutz NAEB diesen Strom zu Recht als Fakepower (Fake = Täuschung). Mit jeder zusätzlichen Fakepower-

Anlage muss der Strompreis weiter steigen.

Dies dürfte auch der Regierung und den Politikern bekannt sein. Die Energiewende muss neu bewertet werden. Die Kosten müssen offengelegt werden, statt sie zu verschleiern. Die „Umbuchung“ der Umlage nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) von den Stromverbrauchern zur Staatskasse ist dafür ein Beispiel. Die Stromrechnung wird geringer. Dafür steigen die Steuern. Medien feiern diesen Trick, der eine Täuschung ist, als Entlastung der Bürger.

Die deutsche Energiewende kostet uns deutlich mehr als 50 Milliarden Euro im Jahr, wenn man zu der EEG-Umlage den hohen Regelaufwand für die schwankenden Fakepower-Leistungen, die CO₂-Bepreisung, die steigenden Netzkosten durch neue Trassen und den Verwaltungsaufwand in Bund, Ländern und Kommunen für die Energiewende addiert. Das sind jährlich rund 600 Euro pro Einwohner. Diese Kosten werden in der derzeitigen angespannten Lage durch den beschleunigten Ausbau von Fakepower-Anlagen noch weiter steigen.

Mit diesen Plänen soll das Weltklima gerettet und Deutschland unabhängig von Energieimporten gemacht werden. Doch das ist nicht möglich.

Deutschland muss Energie importieren

Deutschland könnte zwar mit Fakepower-Anlagen, Biomasse und Wasserkraft unter riesigen Kosten seinen Strombedarf decken. Dazu müssten große Speicher und neue Stromtrassen finanziert werden. Aber für den gesamten Energiebedarf, also auch für Heiz- und Treibstoffe, sind die Flächen zu gering. Deutschland ist auf die Energie aus Kohle, Erdöl, Erdgas und Kernbrennstoffen angewiesen. Eigene Braunkohle ist noch für Jahrzehnte verfügbar. Ihre Nutzung sollte ausgebaut werden, statt sie einzustellen. Die anderen Energieträger müssen weitgehend importiert werden, weil die im Land wirtschaftlich ausbeutbaren Vorkommen nicht ausreichen. Es ist eine Utopie zu glauben, Deutschland könne seine gesamte Energieversorgung auf Fakepower umstellen.

Fakepower erhöht Energiebedarf und CO₂-Emissionen

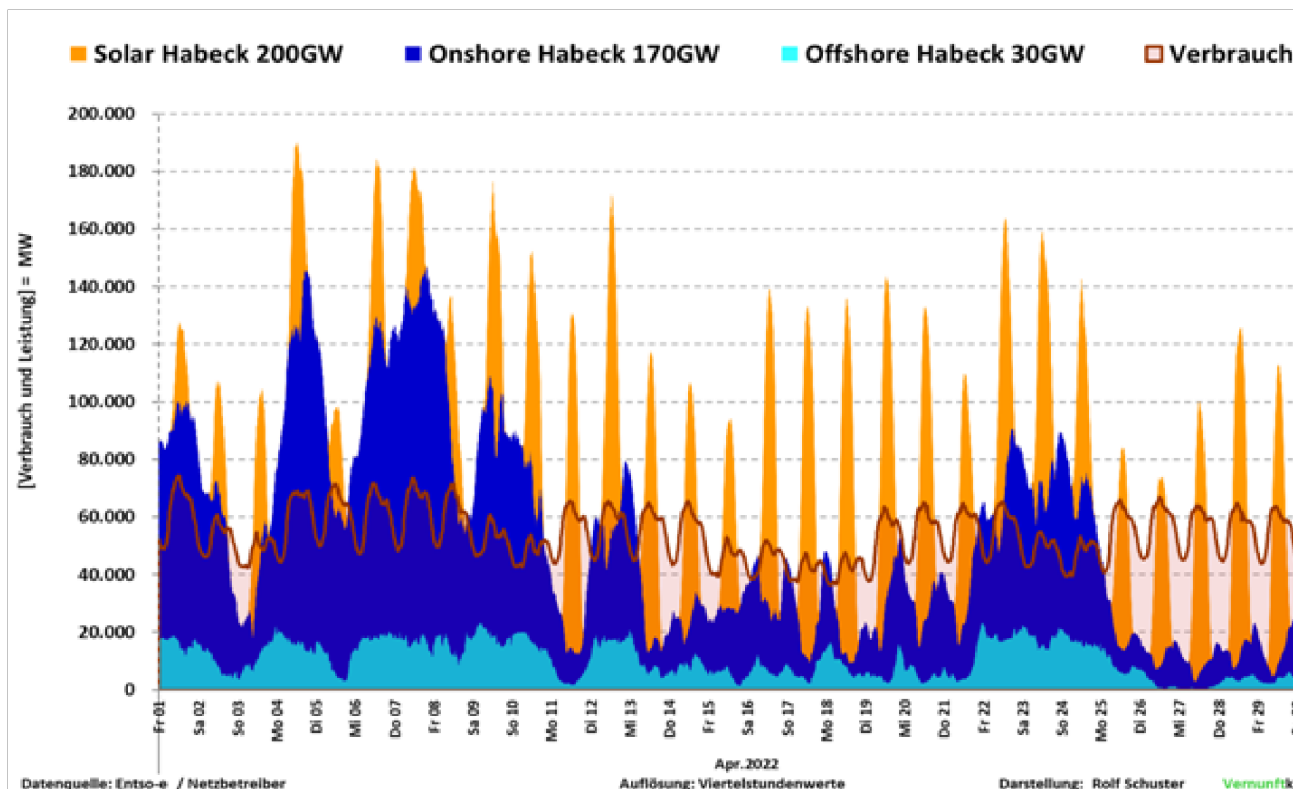
Der weitere Ausbau der Fakepower-Anlagen benötigt Energie und erhöht Kosten und CO₂-Emissionen. Eine Windkraftanlage mit einer installierten Leistung von 3 Megawatt (MW) kostet 3 Millionen Euro. Für die Wertschöpfung von 1 Euro müssen 2 Kilowattstunden (kWh) Primärenergie aufgewendet werden. (Für die Stahl- und Zementherstellung wird Kohle und Erdgas gebraucht. Die Basis für Kunststoffflügel ist Erdöl.) Der Bau einer 3 MW-Anlage benötigt nach dieser Relation 6 Millionen kWh Primärenergie. Das sind 650 Tonnen Kohle oder 550 Tonnen Erdöl oder 600.000 Kubikmeter Erdgas. Damit könnten 300 Wohnungen ein Jahr beheizt werden. Für Solaranlagen sind Kosten und Energieaufwand vergleichbar

hoch.

Der Bau neuer Anlagen wird mit (vermeintlich) notwendiger Weltklimaretter begründet. Erforderlich für die Stromversorgung ist er nicht, denn die volle Netzleistung können jederzeit die konventionellen Kraftwerke übernehmen. Es sind also unnötige und kostentreibende Investitionen, deren Bau viel Energie braucht.

Nach den Plänen von Wirtschaftsminister Habeck sollen die Wind- und Solaranlagen mehr als verdreifacht werden – von 120.000 auf 400.000 Megawatt. Die geplanten neuen Anlagen mit 280.000 MW installierter Leistung verschlingen 560 Milliarden kWh Anlagen Primärenergie. Das sind etwa 15 Prozent des Energiebedarfs eines Jahres. Die Kosten für diesen Ausbau liegen bei 280 Milliarden Euro (3.500 Euro/Einwohner). Das sind 8 Prozent des Brutto-Inlandsproduktes oder das 4-fache des Verteidigungsetats. Darüber hinaus werden die Kohlenstoffdioxid(CO₂)-Emissionen erhöht. Das politische Ziel, eine Reduzierung von CO₂, ist mit diesen Ausbauplänen nicht möglich.

Keine sichere Stromversorgung durch geplanten Fakepower-Ausbau.



Rolf Schuster hat eine Vorschau der verfügbaren Leistungen nach dem

geplanten Ausbau gemacht. Die braune Linie gibt die benötigte Netzlast an. Die hellbraunen Bereiche sind die Leistungen der Regelkraftwerke. Auf den ersten Blick sollten die überschüssigen Strommengen (Leistung x Zeit) ausreichen, die Regelkraftwerke zu ersetzen. Dazu ist aber eine Stromspeicherung erforderlich. Die ist teuer und hat erhebliche Energieverluste. Die Wiederverstromung von Wasserstoff aus Fakepower liefert nur 20 Prozent des eingesetzten Stromes. 80 Prozent gehen verloren. Für die Erzeugung von Wasserstoff aus dem Überschussstrom müssten riesige Elektrolysen mit einer Leistung von 100.000 MW gebaut werden, die nur einen Bruchteil des Jahres laufen. Das sind große Investitionen, deren Bau viel Energie erfordert. Die hohen Speicherverluste dürften zu einem Mangel an Regelstrom führen.

Viele Metalle nicht verfügbar

Eine Studie der belgischen Universität KU Leuven stellt fest: *Die Energiewende wird auch einen weitaus größeren jährlichen Bedarf an Aluminium (30 % des heutigen Verbrauchs in Europa), Kupfer (35 %), Silizium (45 %), Nickel (100 %) und Kobalt (330 %) erfordern, die alle für Europas Pläne zur Herstellung von Elektrofahrzeugen und Batterien, erneuerbaren Wind-, Solar- und Wasserstofftechnologien sowie der für die Klimaneutralität erforderlichen Netzinfrastuktur unerlässlich sind.* Das heißt, die Energiewende wird zu stark steigenden Metallpreisen führen und am Mangel benötigter Energiewende wird zu stark steigenden Metallpreisen führen und am Mangel benötigter Metalle scheitern.

Schluss mit der Energiewende

Die derzeitige Energiepolitik müsste auf Einsparen von Energie und Kosten ausgerichtet sein. Dazu gehört auch die Abschaffung der CO₂-Bepreisung, die direkt und indirekt die Stromkosten kräftig nach oben treibt. Doch davon ist keine Rede. Die Steuer auf Brennstoffe soll sogar planmäßig im nächsten Jahr weiter steigen. Eine nachhaltige Kostensenkung kann nur erreicht werden, wenn wir die Energiewende aufgeben. Die Energieversorgung sollte wieder weitgehend dem freien Wettbewerb überlassen werden.

Ukraine drosselt Gashahn –

Regierung: alles paletti

geschrieben von Admin | 20. Mai 2022

von Manfred Haferburg

In diesem Meinungsbeitrag will ich trotz aller Versuchung vermeiden, irgendwelche Mutmaßungen über die Motive der Protagonisten anzustellen. Es ist Krieg, und die Wahrheit liegt irgendwo blutend auf dem Schlachtfeld des Propagandatrommelfeuers.

Die Lage auf dem Energiesektor ist verzwickelt genug. Deutschland schreitet unverdrossen auf dem Weg der Energiewende voran und schaltet weiterhin planmäßig funktionierende Kraftwerke ab, auch wenn nirgendwo ein Ersatz in Aussicht steht. Auch die 11 Milliarden teure Gaspipeline Nordstream II wurde zwar fertiggestellt, darf aber nicht in Betrieb genommen werden.

Durch die Energiewende hat sich Deutschland in eine hoffnungslose Energieabhängigkeit von Russland verstrickt. Es gibt auf der Welt nur wenige nennenswerte Energieträger: Fossilenergie (Kohle, Öl und Gas), Nuklearenergie und Umweltenergie (Wasserkraft, Wind, Sonne und Biomasse). Aus allen fossilen und nuklearen Energieträgern steigt Deutschland aus. Die Energieversorgung soll ausschließlich auf Umweltenergie umgestellt werden. Umweltgetriebene Energie erbringt aber bisher trotz gigantischer Anstrengungen gerade mal 5 Prozent des Primärenergieverbrauches des Landes. Man stelle sich Deutschland bildlich vor, wenn die restlichen 95 Prozent auch noch mit Wind, Sonne und Biogas erzeugt werden sollen – Wasserkraft ist geologisch kaum steigerbar.

Da bot sich billiges Russengas als „Übergangsenergie“ förmlich an. Die Energiewender überboten sich in jubelnden Zusicherungen, dass Putin zuverlässig für hundert neu zu bauende Gaskraftwerke billiges Gas liefern würde, bis die restlichen 95 Prozent Windräder und Solarpaneele installiert sind. Dieses Kartenhaus ist nun eingestürzt, und es wird sofort an die Errichtung neuer Kartenhäuser gegangen, vom Bückling vor den Scheichs in Katar bis zum Bau von schwimmenden LNG-Terminals ohne förmliche Baugenehmigung für US-Fracking-Gas.

Die abgeschalteten 14 Kernkraftwerke hätten so viel Energie liefern können, wie man jetzt auf Biegen und Brechen einsparen muss, um von russischen Gaslieferungen ein bisschen weniger abhängig zu sein. Nichtsdestotrotz will man auch die letzten drei Kernkraftwerke in neun Monaten verschrotten. Und Kohle darf nicht verstromt werden, das Abschalten geht auch hier munter weiter.

Das deutsche Gas-Fracking-Verbot besteht weiter

Nebenher wird von vielen Ahnungslosen in noch mehr Talkshows darüber

gestritten, ob man nun sofort aus dem Russengas, dem Russenöl und der Russenkohle aussteigt. Die Aussteiger haben offenbar keinerlei Angst, dass in Deutschland ein Energienotstand ausbricht, der in einem Zusammenbruch der Gesellschaft münden könnte. Es sind komischerweise oft dieselben Leute, die sich noch vor drei Monaten vor lauter Corona-Angst in ihre Kettenhemden nässten.

Ich habe mich als Zuseher bei diesem absurden Theater gefragt, wer denn zuerst die Gaspipeline zudrehen wird – Putin oder Habeck? Die dritte Partei im Spiel hatte ich eher nicht auf dem Schirm – wie kurzsichtig von mir! Und jetzt passiert es gerade. Die Ukraine dreht den Durchleitungsgashahn für das Russengas zu.

Eher unter ferner liefen berichten deutsche Leitmedien darüber, dass nach Angriffen in der Region Luhansk die Ukraine die Durchleitung von russischem Gas seit gestern, am Mittwoch, dem 11. Mai 2022 um 7:00 Uhr MEZ, stoppt. Betroffen ist ein Drittel der nach Europa lieferbaren Höchstmenge. Dass diese Meldung nicht alle Nachrichten beherrscht, zeigt eher die katastrophale Unbedarftheit der Journalisten. Mir fällt dazu nur ein: Gott schütze Deutschland!

Warum kann man nun so plötzlich doch verzichten?

Wenn auch noch in diesem Zusammenhang die Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums verkündet:

„Deutschland drohen auch bei Einschränkungen des Transits von russischem Gas durch die Ukraine derzeit keine Engpässe. Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist aktuell weiter gewährleistet“,

gehen bei mir alle Warnlampen und Alarmsirenen gleichzeitig an. „Derzeit“ und „aktuell“? Da stellt sich nämlich die Frage, warum Deutschland bisher laut Aussage desselben Ministeriums nicht auf die Gaslieferungen verzichten konnte.

Mit der ukrainischen Abstellung fallen bis zu 32,6 Millionen Kubikmeter Gas pro Tag weg – das ist fast ein Drittel der täglich über die Ukraine nach Europa transportierbaren Höchstmenge. Der ukrainische Gasnetzbetreiber teilte am Dienstag mit, dass es aufgrund der russischen Besatzung unmöglich geworden sei, den Punkt Sochraniwka sowie die Verdichterstation Nowopskow zu kontrollieren. Der Betreiber berief sich auf einen Fall „höherer Gewalt“.

Russlands Energieriese Gazprom wiederum, der zuletzt täglich fast 100 Millionen Kubikmeter Gas durch die Ukraine in Richtung Europa gepumpt hatte, erklärte, man habe „keinerlei Bestätigungen über Umstände höherer Gewalt“ erhalten. Die Ukrainer hätten in den vergangenen Wochen ganz „ungestört“ in Sochraniwka gearbeitet.

Gazprom betonte einmal mehr, alle seine Verpflichtungen gegenüber europäischen Kunden erfüllen zu wollen. Doch die nun wegfallenden

Lieferungen stattdessen über andere Routen umzuleiten, sei technisch nicht möglich, sagte Sprecher Sergej Kuprijanow der Agentur Interfax zufolge.

Ich weiß nicht, was von diesen Aussagen keine Propaganda enthält. Die Wahrheit liegt meines Erachtens nach immer noch irgendwo blutend auf dem Schlachtfeld.

Sieben Milliarden Euro an „Durchleitungsgebühr“

Die Ukraine sollte nämlich ein vitales finanzielles Interesse an kontinuierlichen Gaslieferungen haben – zahlte doch Deutschland jährlich über sieben Milliarden Euro an „Durchleitungsgebühr“ für das russische Gas an die Ukraine. Das sind etwa 20 Millionen Euro pro Tag.

Oder hat die ukrainische Politik jetzt ein mächtigeres Wirkpotenzial der Gasdurchleitung durch ihr Gebiet auf die Politiker der europäischen Länder und ihre Entscheidungen erkannt? Wissen die Ukrainer, dass derzeit kein deutscher Politiker ein Pferd hat, das schnell genug ist, um ihn mit einem vielsagenden Blick sagen zu lassen: *„Genau für diesen Fall haben wir Nordstream II gebaut“*?

Auch Russland sollte eigentlich ein vitales Interesse an der Kontinuität der Gaslieferungen nach Europa haben. Nach Aussage aller Falken-Experten, die für ein sofortiges Gasembargo in den deutschen Talkshows trommeln, finanziert Putin mit den täglichen Gaseinnahmen von 800 Millionen Euro seinen Krieg. Was macht er, wenn dieses Geld nicht mehr fließt? Geht er an die russischen Goldreserven? Will die Ukraine mit ihrer Aktion gar den Russen diesen Geldhahn zudrehen?

Fragen über Fragen. Da ich eingangs versprochen habe, keine Mutmaßungen anzustellen: Ich frage für einen Freund.

Die Rechnung geht nicht auf

Zu guter Letzt möchte ich noch vom ideologischen Purzelbaum eines deutschen Spitzenpolitikers berichten, mit dem ich seit Jahren unterschiedlicher Meinung über die Energiewende kommuniziere. Noch im September 2021 schrieb ich ihm:

Um Ihr Energiewende-Ziel zu erreichen, ergibt sich ein notwendiger Zubau Wind/Sonne pro Tag in den nächsten 10 Jahren:

Wind Onshore: 10 neue Onshore-Windenergie-Anlagen pro Tag (zum Vergleich: In 2020 wurden pro Monat 35 Onshore-Anlagen zugebaut).

Wind Offshore: alle 2 Tage eine neue Windenergie-Offshore-Anlage (Zum Vergleich: im ersten Halbjahr 2021 erfolgte kein Zubau von Offshore-Anlagen)

PV: 2 Millionen / 120 = 16.670 Anlagen pro Monat = 556 neue PV-Anlagen

pro Tag“ (gekürzt)

Darauf antwortete er mir: „Ich möchte mich für Ihre erneute Mail bedanken. Die Energiewende lässt sich, wenn wir erfolgreich sein wollen, nicht auf zwei oder drei Parameter reduzieren. Das Projekt ist komplex und erfordert sehr viel mehr Stellschrauben. Aber wir werden uns in dieser Frage gegenseitig einfach nicht überzeugen können“.

Derselbe Spitzenpolitiker forderte nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges den sofortigen Boykott russischer Energieträger. Als ich ihn auf die Folgen aufmerksam machte, antwortete er mir:

„Wenn ich fordere, die Gas- und Ölimporte aus Russland sofort zu stoppen, dann bin ich mir bewusst, dass eine Kompensation durch erneuerbare Energien kurzfristig nicht zu erreichen ist. Aber es geht in dieser dramatischen Situation um nicht weniger als um Frieden und Freiheit in Europa. Derzeit spülen wir durch die Importe täglich annähernd eine Milliarde Euro in Putins Kriegskasse und konterkarieren damit unsere eigentlich wirkmächtigen Sanktionen gegen die russische Zentralbank.

Vorübergehend würde die Entscheidung eines Importstopps für Gas und Öl aus Russland nur zu Lasten anderer Ziele, des Klimaschutzes und des Endes der Kernenergie realisierbar sein. Aber die Menschen in der Ukraine, die für ihr Land, aber auch für den Frieden und für die Freiheit in Europa kämpfen, brauchen unsere Unterstützung jetzt. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren“.

Adé, Klimaschutz, adé, Kernenergieausstieg, der nur leider nicht mehr rückgängig zu machen ist. Offenbar sind die politischen Stellschrauben zur Beliebigkeit geraten. Mit der Drosselung der Gaslieferungen sind einige Stellschrauben gar abgebrochen. Als Ingenieur kenne ich das Schraubenprinzip: „nach fest kommt ab“. Mein Spitzenpolitiker ist medial in Deckung gegangen und antwortete leider nicht mehr auf meine letzte E-Mail, in der ich ihn auf ein entsprechendes Interview aufmerksam machte.

Manfred Haferburg ist Autor des autobiografischen Romans „Wohn-Haft“ (5 Sterne bei 188 Bewertungen). Er wuchs in Sachsen-Anhalt auf und studierte in Dresden. Er arbeitete im Kernkraftwerk Greifswald, einem der damals größten Atomkraftwerke der Welt. Durch seine sture Weigerung, in die SED einzutreten, fiel er der Staatssicherheit auf. Als er sich auch noch weigerte, Spitzel zu werden, erklärte ihn die Partei zum Staatsfeind. Von seinem besten Freund verraten, verlor Manfred erst seinen Beruf, dann seine Familie und zuletzt die Freiheit. Ein Irrweg durch die Gefängnisse des sozialistischen Lagers begann, der im berüchtigten Stasigefängnis Hohenschönhausen endete. Hier gehörte er zu den letzten Gefangenen, die von der Stasi entsorgt wurden. Manfred Haferburg lebt heute mit seiner Frau in Paris

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Kollateralschäden eines Ölembargos

geschrieben von Admin | 20. Mai 2022

von Walter Naggi

Das geplante Ölembargo gegen Russland bedeutet, dass ein wesentlicher Teil der weltweiten Energieerzeugung weggesperrt wird ohne Möglichkeit für Ersatz. Auch Kohle und Erdgas sind knapp und teuer und kommen zu einem großen Teil aus Russland. Die Diversifizierung der Energieversorgung durch den Wirtschaftsminister wie sie jetzt betrieben wird läuft deshalb auf einen preislichen Verdrängungswettbewerb gegen ärmere Länder hinaus.

Die EU-Kommission plant ein Embargo auf russisches Öl das in sechs Monaten in Kraft treten soll, sowie auf russische Ölprodukte zum Jahresende. Dieser Plan nimmt Fahrt auf, seit die Bundesregierung ihren Widerstand gegen ein solches Embargo aufgegeben hat. Hintergrund dafür ist laut dem „Zweiten Fortschrittsbericht Energiesicherheit“ des Wirtschaftsministers eine deutlich verringerte Abhängigkeit von Russland bei der Energieversorgung. Dort steht, dass durch Auslaufen von Lieferverträgen mit Russland und Umstellung der Bezugsquellen der Anteil Russlands am den deutschen Rohölimporten von 35 Prozent im letzten Jahr auf aktuell 12 Prozent verringert werden konnte. Die Abhängigkeit von russischer Kohle sei von 50 Prozent auf 8 Prozent gesunken und der Anteil russischen Erdgases am deutschen Verbrauch soll von 55 Prozent im letzten Jahr auf 30 Prozent zum Jahresende sinken.

Sollte die EU das geplante Ölembargo umsetzen, so wären davon pro Tag insgesamt 4 Million Barrel Öl und Ölprodukte wie Diesel betroffen. Zählt man noch das amerikanische und britische Embargo mit 800 tausend und 100 tausend Barrel hinzu, so kommt man auf knapp 5 Millionen Barrel pro Tag (bpd) oder die Hälfte der russischen Förderung.

Russland kann einen Teil dieser Fördermengen in andere Staaten umlenken, speziell China und Indien. So hat die chinesische Gesamteinfuhr aus Russland im April im Vergleich zum Vorjahr wertmäßig um 57 Prozent zugenommen und hat Indien im April seine Öleinfuhr aus Russland auf 900 tausend bpd massiv gesteigert.

Allerdings gestaltet sich die Umlenkung der Ölströme aus Russland schwierig, da sämtliche Dienstleistungen die damit verbunden sind, wie

Versicherung der Öltanker, ja selbst die Lebensmittelversorgung der Schiffsmannschaften, mit westlichen Sanktionen belegt sind. Welchen Teil des Embargos Russland am Ende umlenken kann und wieviel die Ölförderung am Ende gedrosselt werden muss, kann hier nur geschätzt werden. Eine realistische Annahme ist, dass die Ölförderung im Laufe des Jahres um bis zu vier Millionen bpd sinken wird. Im April war der Rückgang bereits eine Million bpd.

Gemessen am weltweiten Ölverbrauch von voraussichtlich 99 Millionen bpd in diesem Jahr sind das rund 4 Prozent. Entgegen dem Anschein ist das in Bezug auf den Ölpreis eine große Menge, weil die Nachfrage am Weltmarkt angespannt ist und Ölförderländer Mühe haben, diese Nachfrage zu befriedigen. So konnte die OPEC ihre Ölförderung im April gerade mal um 10 tausend bpd steigern. Geplant war ein Anstieg von 270 tausend bpd. Auch der angedachte Anstieg der amerikanischen Öl- und Gasförderung kommt aus vielerlei Gründen nicht in Gang: Aktionäre stemmen sich gegen höhere Investitionen in Fracking, weil dieses Verfahren in der Vergangenheit nur Kapital in den Bohrlöchern versenkt hat. Die ertragreichsten Vorkommen sind ausgebeutet und die Materialkosten sind enorm gestiegen.

Sollte also die EU das geplante Ölembargo umsetzen und sollte die Weltwirtschaft nicht unter amerikanischen Zinserhöhungen, Lieferkettenproblemen und steigender Inflation einbrechen, so ist mit weiter steigenden Preisen für Öl und Ölprodukten zu rechnen. Vor allem Heizöl und Diesel dürften sich dann verteuern, weil weltweit die Vorräte extrem niedrig sind.

Das besondere Problem dabei ist, dass es keine Ausweichmöglichkeit gibt. Kohle wird seit letztem Jahr auf dem Weltmarkt ebenso wie Öl zu Höchstpreisen gehandelt, das gleiche gilt für Flüssiggas. Alle Energieträger, ja praktisch alle Rohstoffe sind bei Höchstpreisen.

Umgekehrt gehört Russland weltweit zu den größten Lieferanten von Kohle, Öl und Erdgas und ist ein wichtiger Lieferant von Düngemitteln sowie Weizen, Stahl, Aluminium und Nickel.

Ein Embargo auf viele oder gar alle dieser Güter bedeutet eine weltweite Verknappung und Verteuerung in einer Situation, in der Inflation schon ihren Lauf genommen hat. Im „Zweiten Fortschrittsbericht Energiesicherheit“ ist die Rede von Lieferketten diversifizieren, Energie einsparen und Verteuerung aber eine Rechnung der Kosten wird nicht ansatzweise aufgemacht. Klar ist: es wird teurer wenn man bei Höchstpreisen für Öl den Lieferanten wechselt und wenn man Pipeline-Gas durch Flüssiggas ersetzt, weil letzteres ohnehin teurer ist.

Das trifft die Armen hierzulande und die welche in die Armut abrutschen. „Wir werden sehr viel mehr Arme bekommen, als wir bisher gedacht haben“, sagt die sozialpolitische Diakonie-Vorständin. (9-Euro-Tickets sind in diesem Zusammenhang ein schlechter Witz aus der Kategorie Freibier für

alle). Es trifft aber auch den Rest der Welt. Was wohlklingend als „Freiheitsgas“ bezeichnet wird bedeutet nichts anderes als dass man den Schwellenländern Flüssiggas zu Höchstpreisen wegschnappt. Die Ausfuhrkapazitäten für Flüssiggas sind nämlich in den USA ebenso wie in Katar bis zum Rande ausgelastet und eine nennenswerte Steigerung ist in beiden Ländern erst ab 2025 in Sicht. Flüssiggastanker fahren nun vermehrt nach Europa statt nach Asien, weil hier die höchsten Preise bezahlt werden. Es ist dieser Verdrängungswettbewerb, der dafür gesorgt hat, dass die Gasspeicher hierzulande zuletzt nicht mehr ganz so leer waren wie im Winter, was im „Zweiten Fortschrittsbericht Energiesicherheit“ stolz angemerkt wird.

Auf der anderen Seite des Planeten sieht das so aus: Indien kauft wegen Kohleknappheit auch geringe Mengen an Flüssiggas, allerdings zum dreifachen Preis als was man sonst bezahlt hat. Es gehört nicht viel Phantasie dazu sich klar zu machen, dass die Existenz von Millionen Menschen durch die weitere Verknappung und Verteuerung von Energie, Düngemitteln und anderen Rohstoffen gefährdet ist. Auch solche Überlegungen sollte man bei der Entscheidung um ein Embargo einbeziehen, um am Ende einer reiflichen Diskussion die potentiellen Schäden möglichst zu minimieren. Den „Zweiten Fortschrittsbericht Energiesicherheit“ des Wirtschaftsministers durchdringt dagegen eher der Geist Julius Cäsars nach dem Motto: „ich kam, sah und siegte“.